

Die Vereinigte Bundesversammlung hat sich für ein Gesetz zur Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative (MEI) ausgesprochen. Darin kommen keine Kontingente oder Quoten vor.

Die personenfreizügigkeitskonforme Umsetzung der MEI stellt die Personenfreizügigkeit sicher und erlaubt die weitere Teilnahme der Schweiz an den Forschungs- und Austauschprogrammen der EU.

### Überblick Wintersession 2016

In der Wintersession konnten verschiedene Dossiers im Zusammenhang mit der EU etwas deblockiert werden. Dazu gehört die vorübergehende Sicherstellung der Personenfreizügigkeit, wodurch das Kroatienprotokoll ratifiziert werden konnte. Damit erfüllte die Schweiz die Bedingungen der EU zur Zulassung der Schweiz zu den Forschungs- und Austauschprogrammen Horizon 2020 und Erasmus Plus. Das Parlament hat ausserdem entschieden, dass die Kooperation innerhalb des System Schengen verstärkt werden soll sowie ein Zusatzprotokoll zur Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung verabschiedet. Beides sind weitere notwendige europäische Integrationsschritte.

### Wintersession 2016

#### 1. Umsetzung der MEI

Nach drei Jahren hat sich die Vereinigte Bundesversammlung für eine Umsetzung der MEI entschieden, welche keine Schutzklauseln vorsieht und mit der Personenfreizügigkeit vereinbar ist. An der Schlussabstimmung vom 16. Dezember wurde die Variante eines „Inländervorrang light“ angenommen, welche Unternehmen in gewissen Branchen bei einer bestimmten Arbeitslosigkeit verpflichten soll, offene Stellen bei Regionalen Arbeitsvermittlungszentren zu melden, damit diese arbeitslose Inländer (Schweizer Bürger und in der Schweiz wohnhafte Ausländer) darüber informieren können. Mit dieser Umsetzungsvariante kann die Personenfreizügigkeit sichergestellt werden.

#### 1.1 Verknüpfte Dossiers

Die Umsetzung der MEI war vom Bundesrat mit der Ratifizierung des Kroatienprotokolls verknüpft worden. Durch die Annahme des Umsetzungsgesetzes konnte der Bundesrat die Personenfreizügigkeit auf Kroatien ausweiten. Dies war eine Bedingung der EU, damit die Schweiz weiterhin an den Forschungs- und Austauschprogrammen Horizon 2020 und Erasmus teilnehmen kann.

#### 1.2 Antwort der EU

Die Kommission der EU hat die Fortschritte in den Beziehungen der Schweiz zur EU, wenn auch unter gewissen Vorbehalten, begrüsst. Für die EU muss noch definitiv geklärt werden, bei welchem Prozentsatz an Arbeitslosigkeit Unternehmen zur im Umsetzungsgesetz festgeschriebenen Meldepflicht für Unternehmen verpflichtet werden sollen.

#### 1.3 Gegenvorschlag zu RASA

Wenige Tage nach Ende der Wintersession 2016 hat der Bundesrat seine zwei Varianten für einen Gegenvorschlag zu RASA angekündigt. Die erste Variante will die Kontingente und Schutzklauseln der MEI behalten, zudem soll eine Klausel die Einhaltung internationaler Verträge berücksichtigen. Variante 2 möchte einzig die in der Initiative festgelegte Frist von 3 Jahre streichen.

#### 2. Weitere Dossiers

#### 2.1 Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands. Schaffung des Fonds für innere Sicherheit

Der Bundesrat hat einem diplomatischen Notenaustausch zwischen der Schweiz und der EU betreffend der Übernahme einer EU Verordnung (EU) zur Schaffung des Fonds für die innere Sicherheit im Bereich Aussengrenzen und Visa zugestimmt. Damit wird der Schengen-Besitzstand weiterentwickelt und ein Fond für die innere Sicherheit geschaffen.

Die Nebs begrüsst diese Entscheidung, welche die Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und den Schengen Ländern verstärkt. Die Schweiz wird durch die Verstärkung der EU Aussengrenzen und ein besseres Funktionieren von Schengen profitieren können.

## 2.2 Zusatzprotokoll zur Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung

Der Ständerat hat der Ratifikation des Zusatzprotokolls zur Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung zugestimmt. Das Zusatzprotokoll soll den Anwendungsbereich der Charta auf Personen ausweiten, welche an Gemeinschaftlichen Aktivitäten auf lokaler Ebene teilnehmen. Der Nationalrat wird in einer der nächsten Parlamentarischen Sessionen noch darüber entscheiden müssen. Für die Nebs ist eine verstärkte Partizipation der Bürgerinnen und Bürger auf lokaler Ebene zentral und wünschenswert, sie unterstützt und empfiehlt deshalb die Annahme der Charta durch den Nationalrat.

## Europapolitisches Fazit der Nebs

Die Nebs begrüsst das Gesetz zur Umsetzung der MEI durch die Vereinigte Bundesversammlung, welche zu einer Lösung des blockierten Europadossiers führte und sowohl die Personenfreizügigkeit sowie den Zugang zu wichtigen Programmen innerhalb der EU sicherstellen. Trotz diesen positiven Nachrichten bleibt eine Klärung über ein Institutionelles Rahmenabkommen mit der EU unausweichlich, um eine weitere Intergration der Schweiz in die EU zu ermöglichen. Aus diesem Grund fordert die Nebs eine verfassungsrechtliche Klärung der Situation.

Die Nebs unterstützt im Weiteren die zweite Variante der beiden Gegenvorschläge des Bundesrats zu RASA, denn sie ermöglicht eine Diskussion über die Beziehungen der Schweiz zur EU und eine Weiterentwicklung der Integration der Schweiz in die EU. Das ergriffene Referendum gegen das Umsetzungsgesetz zur MEI unterstützt die Nebs nicht. Ein Referendum ist eine Massnahme, um gegen ein Gesetz anzukämpfen, mit welchem die Bürger unzufrieden sind. Die Nebs allerdings unterstützt die in der Wintersession 2016 vom Parlament gefundene Lösung zur Umsetzung, da sie die Personenfreizügigkeit und die Ratifizierung des Kroatienprotokolls sichergestellt hat.

## Ausblick Frühlingsession 2017

Die Nebs unterstützt die erste Variante der beiden Gegenvorschläge des Bundesrats zu RASA, da damit eine Diskussion über die Beziehungen der Schweiz zur EU und eine weitere Integration der Schweiz in die EU möglich wird.

Das gegen die Umsetzung der MEI ergriffene Referendum unterstützt die Nebs nicht. Das Referendum ist ein Mittel für die Bürgerinnen und Bürger, ein Gesetz zu bekämpfen, mit welchem sie nicht einverstanden sind. Die Nebs hingegen unterstützt das Umsetzungsgesetz zur MEI, welches vom Parlament in der Wintersession angenommen worden ist. Dadurch konnte die Personenfreizügigkeit sichergestellt und das Kroatienprotokoll ratifiziert werden.